VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche

SITZUNG DES GEMEINDERATES

der Marktgemeinde Kremsmünster am Dienstag, den 16.07.2013

Tagungsort: Marktgemeindeamt Kremsmünster, Sitzungssaal

Beginn: 19:00
Ende: 20:02

Anwesend sind:

Bürgermeister

Obernberger Gerhard, Bgm. ÖVP

Vizebürgermeister

Ölsinger Robert, Vbgm. ÖVP

Gemeinderatsmitglieder

Mayr Thomas ÖVP

Humenberger-Riesenhuber Reinhard ÖVP

Söllradl Gerhard, DI ÖVP

Dutzler Johann ÖVP

Krenhuber Elisabeth, Mag. ÖVP

Eder Klaus, Mag. ÖVP

Hübner Klaus ÖVP

Köttstorfer Karoline ÖVP

Bischof Konrad ÖVP

Oberhuber Brigitta ÖVP

Strauß Karl ÖVP

Mayr Johann ÖVP

Dutzler Peter ÖVP

Brunner Otmar, DI ÖVP

Rathmair Franz ÖVP

Vizebürgermeister

Fellinger August Michael, Vbgm. SPÖ

Gemeinderatsmitglieder

Guggi Edeltraud SPÖ

Steiner Ewald SPÖ

Kiennast Christian SPÖ

Stallinger Auguste	SPÖ
Deixler-Wimmer Elisabeth	GRÜNE
Leitner Sabrina	GRÜNE
Schinko Ralf	FPÖ
Oberhauser Bruno	FPÖ
Michlmayr Rudolf	FPÖ

Schriftführer

Steinmaurer Herbert

Gemeinderats-Ersatzmitglieder

Englmair Gerald, Ing.	ÖVP	Ersatz für GR Abler-Reinalter
Müller Josef, Ing.	ÖVP	Ersatz f. GR Neubauer
Wakolbinger Thomas	SPÖ	Ersatz f. GR Dorfer

Entschuldigt abwesend sind:

Gemeinderatsmitglieder

Piplica Sanja, Mag.	ÖVP
Abler-Rainalter Nicola	ÖVP
Neubauer Manuela	ÖVP
Dorfer Magdolna	SPÖ

Der Vorsitzende beruft die erschienenen Ersatzmitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung aufgrund der Dringlichkeit mündlich ein, eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;

Tagesordnung:

1. Entwicklung des Ortszentrums, Bereich Salomon und Kindergarten - Abschluss von Optionsverträgen mit der Baureform Wohnstätte und der Strabag AG; Diskussion und Beschlussfassung
Vorlage: VW/890/2013
2. Allfälliges

Beratung:

1. Entwicklung des Ortszentrums, Bereich Salomon und Kindergarten - Abschluss von Optionsverträgen mit der Baureform Wohnstätte und der Strabag AG; Diskussion und Beschlussfassung

Vorlage: VW/890/2013

Sachverhalt:

Zu diesem Thema hat es bereits einen GR-Beschluss am 4.10. 2012 gegeben, der wegen dem Rückzug der Betreiber nicht umgesetzt werden konnte. Es folgten viele Gespräche und letztlich eine Umplanung samt neuen Interessenten als Betreiber. Der letzte Stand der geplanten Entwicklung des Ortszentrums im Bereich Salomon-Gründe stellt sich wie folgt dar:

- 37 Wohnungen
- Kindergarten mit drei Gruppen
- Ansiedlung mehrerer Ärzte
- Geschäftsflächen (Nahversorger, ...)
- Tiefgarage
- Verbindungsstraße Hauptstraße-F.-Hönig-Straße

Vertragspartner

- Strabag AG für Errichtung Nahversorger mit Tiefgarage
- Baureform Wohnstätte für Errichtung Kindergarten, Arzt, Wohnungen, Geschäftsflächen, Tiefgarage

Am 9.7.2013 wurde nach der gemeinsamen Einigung auf die sinngemäße Formulierung der offenen Fragen vereinbart, dass den Fraktionen am Montag, 16. Juli 2013 die Entwürfe von allen fünf Verträgen vorliegen.

Der Vorsitzende erinnert an die bisherigen Besprechungen und Verhandlungen. Durch die Errichtung von Geschäftsflächen und geförderten Mietwohnungen soll das Ortszentrum von Kremsmünster wieder eine Belebung erfahren. Auch für die bestehenden Geschäftsflächen soll das neue Projekt eine Frequenzsteigerung bewirken. Er stellt das Zentrumsprojekt in Form der vorliegenden Grobstudie vor. Das Zentrumsprojekt gliedert sich in zwei Baukörper, die von der BAUREFORM WOHNSTÄTTE und von der STRABAG AG errichtet werden sollen. Es ist die Errichtung von 37 Wohnungen, von Geschäftsflächen, von Räumen für die Ansiedlung mehrerer Arztpraxen sowie einer Tiefgarage geplant. In das Zentrumsprojekt wird auch die Errichtung eines neuen 3-gruppigen Kindergartens mit integriert. Im Bereich des größeren BRW-Gebäudes sollen Mietwohnungen geschaffen werden, im Bereich des Lebensmittelmarktes ist der Aufbau von Eigentumswohnungen vorgesehen. Bedarfsgerecht sollen etwa 60 % der Mietwohnungen eine Wohnnutzfläche von ca. 50 m² aufweisen, der Rest ca. 70 m². Der Kindergarten müsste saniert werden, und kann bei Verwirklichung des Zentrumsprojektes in diesem untergebracht werden.

Die Verträge wurden nach den letzten parteiübergreifenden Gesprächen überarbeitet und sind den Fraktionen zugewandt. Es hat heute noch ein abschließendes Gespräch mit Frau Dr. Watzböck und Herrn Mag. Schleifer gegeben, bei dem es aber nicht mehr um grundlegende Vertragspunkte gegangen ist, sondern nur mehr um einen Feinschliff bei den Formulierungen der Vertragspunkte.

Er stellt in der Folge an Hand eines Lageplanes vor, wie künftig die Eigentumsverhältnisse aufgeteilt werden sollen (drei Teile: einen Teil bekommt die BRW, einen Teil die STRABAG, und ein Teil, nämlich die Verkehrsfläche, verbleibt der Gemeinde). Die Verbindungsstraße zwischen Franz-Hönig-Straße und Hauptstraße verbleibt bzw. wird öffentliches Gut. Zu erwähnen ist noch, dass die Einfahrt in die Tiefgarage höhenmäßig in etwa auf gleichem Niveau angeordnet sein wird, wie die derzeitigen Garagen beim Kindergarten. Die Einbahnführung auf der erwähnten Verbindungsstraße ist noch nicht endgültig geklärt. Wegen der Erreichbarkeit des Lebensmittelmarktes geht die Tendenz aber eher dahin, den Verkehr von der Franz-Hönig-Straße zur Hauptstraße hin zu führen. Die Tiefgarage ist sowohl für Kunden des Lebensmittelmarktes als auch für die übrigen Geschäftsflächen und Wohnungen gedacht. Auf der Ebene des Tiefgaragengeschosses ist in Richtung Hauptstraße der Kindergarten (3-gruppig) geplant (mit überdachtem Vorplatz und Kinderspielplatz). Darüber sind Räume für Geschäftsflächen, Arztpraxen udgl. geplant. Ebenso ebenerdig von der Franz-Hönig-Straße ist der Lebensmittelmarkt erreichbar. Die Wohnungen im BRW-Gebäude werden über Laubengänge erschlossen. Im Schnittplan der vorgestellten Projektstudie ist ein zweites Tiefgeschoß dargestellt. Dieses zweite Tiefgeschoß kommt sicher nicht. Weiters ist festzuhalten, dass bei der Detailplanung für den Kindergarten auch die Kindergartenleiterin bzw. ein Team aus dem Kindergarten mit eingebunden werden.

GR. Deixler-Wimmer bemängelt, dass die Optionsverträge eine Klausel enthalten, dass, wenn die Grundstücke zwar von den Optionsnehmern gekauft werden, es aber nicht zu einem Bau kommt, der Gemeinde sämtliche bis zu diesem Zeitpunkt entstandenen Kosten (Entwicklungs- und Planungskosten usw.) in Rechnung gestellt werden. Die Gemeinde hätte zwar ein Wiederkaufsrecht, sie stellt aber trotzdem die Frage in den Raum, ob es sich hier nicht um einen unkalkulierbaren Kostenfaktor handelt.

Der Vorsitzende antwortet, dass diese Vertragsklausel erst zum Tragen kommt, wenn die Kauf-Option vom jeweiligen Bauträger auch tatsächlich gezogen wird und es zu einem wirklichen Grundstückskauf durch die Bauträger kommt. Zu diesem Zeitpunkt sollte bereits ein fertiges Projekt vorliegen, und sollten die künftigen Nutzungen bereits sehr konkret sein und möglichst auch schon Vorverträge mit künftigen Mietern vorliegen (die Optionsfrist läuft bis längstens 31. Dezember 2014). Die STRABAG hat z.B. gerade heute bereits ein Gespräch mit Vertretern der Firma Unimarkt geführt. In diesem Stadium sollte das Risiko für die Gemeinde nicht mehr allzu hoch sein, dass diese Vertragsklausel zum Tragen kommt. Sollte trotzdem unerwartet die Situation entstehen, dass diese Vertragsklausel schlagend würde, hätte die Gemeinde immer noch die Möglichkeit, einen anderen Vertragspartner für einen Kauf zu suchen.

GR Humenberger-Riesenhuber ergänzt, dass die Bauträger die Planungs- und Projektentwicklungskosten der Gemeinde nicht in Rechnung stellen können, wenn seitens der Bauträger die Kauf-Option gar nicht gezogen wird.

GR Steiner stellt die Frage, was es mit dem 1 Euro auf sich hat, zu dem die BRW ein Restgrundstück kaufen bzw. die Gemeinde wieder kaufen könne.

Der Vorsitzende antwortet, dass damit das Restgrundstück gemeint ist, welches die BRW zusätzlich zum eigentlichen Salomon-Grundstück kauft. Beim Salomon-Grundstück ist die Oö. Bauland GmbH Verkäufer, beim Restgrundstück die Gemeinde (aus dem Kindergartengrundstück). Das Salomon-Grundstück kauft die BRW um 200.000 Euro.

GR Steiner ergänzt, dass die Gemeinde laut Optionsvertrag verpflichtet ist, für die Beseitigung von allfälligen Kontaminierungen (beispielhaft auch für die Entsorgung von Ölfässern, die möglicherweise vorgefunden werden könnten) finanziell aufzukommen. Es ist unbedingt im Budget 2014, ev. auch noch 2015, ein Budgetansatzposten hierfür vorzusehen. Grobkostenschätzungen für die Beseitigung von Kontaminierungen belaufen sich auf etwa 50.000 Euro. Wie hoch dieser Budgetposten dann tatsächlich sein soll, wird man in weiteren Gesprächen noch klären müssen.

Weiters äußert er seine Freude darüber, dass die Kindergartenleiterin bzw. ein Team aus dem Kindergarten in die weiteren Detailplanungen für den Kindergarten mit eingebunden werden, weil deren Erfahrungen und Vorstellungen in die Planungen mit einfließen sollen.

Der Vorsitzende stimmt den Äußerungen von GR Steiner zu. Es ist üblich, dass ein Grundverkäufer die Kosten für die Beseitigung eventueller Kontaminierungen zu tragen hat. Kosten für Kontaminierungsbeseitigungen werden in den Budgets für 2014 und 2015 berücksichtigt. Auch er hält es für sinnvoll, die Betroffenen, konkret in diesem Fall die Kindergartenleiterin samt Team bei der Planung des Kindergartens, mit einzubeziehen.

GR Leitner fragt an, dass in einem früheren Vertragsentwurf 20.000 Euro Selbstbehalt für die STRABAG bei einem Vorfinden von eventuellen Kontaminierungen enthalten war. Dieser Vertragspunkt sei im vorliegenden Vertragsentwurf nicht mehr enthalten.

Der Vorsitzende antwortet, dass dieser Vertragspunkt jetzt nicht mehr enthalten sei. Dafür werden die Kosten für den Abriss des bestehenden Salomon-Nebengebäudes übernommen. Im früheren Vertragsentwurf hätte die Gemeinde die Abrisskosten tragen müssen.

GR Michlmayr stellt zur Diskussion, dass für Schäden an Nachbarobjekten im Zuge von Abrissarbeiten und in der Bauphase die Bauträger haftbar seien und fragt, wie es mit dieser Haftung für die Zeit nach der Fertigstellung der Baumaßnahmen aussehe. Seines Wissens handle es sich bei dem Baugrundstück um ein ursprünglich eher sumpfiges Gelände, sodass auch spätere Bauschäden nicht gänzlich ausgeschlossen werden können. Weiters stellt er die Anfrage, ob es schon eine genauere Berechnung der Fläche gibt, die als öffentliches Gut geschieden werden soll.

Der Vorsitzende antwortet, dass auf jeden Fall vor Beginn der Abbrucharbeiten eine Beweissicherung bei den benachbarten Gebäuden und Liegenschaften vorgenommen wird, sodass auch bei späteren Bauschäden nachvollzogen werden kann, ob eventuelle Schäden mit der Baumaßnahme zusammenhängen oder nicht. Dies dient sowohl zur Wahrung der Interessen der Nachbarn als auch der Interessen der Bauträger. Eine Flächenangabe zum öffentlichen Gut gibt es noch nicht. Jedenfalls wird aber die benötigte Fläche öffentlichen Gutes im Bereich des Salomon-Grundes kostenfrei ins öffentliche Gut übertragen.

GR Michlmayr stellt eine ergänzende Anfrage dahingehend, dass die Gemeinde die Straßenerrichtungskosten zur Gänze und die Errichtungskosten für die Parkplätze auch teilweise tragen müsse, und ob es hierfür schon eine Kostenschätzung gebe.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Gemeinde auch die Errichtungskosten für die Parkplätze beim Markt zu 90 % tragen werde. Es liege aber noch keine Kostenschätzung hierüber vor.

GR DI Brunner führt aus, dass dort, wo die Gebäude errichtet werden, das Gelände nicht sumpfig sei.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die neuen Gebäude nicht tiefer zu liegen kommen als das bestehende Kellerschoß vom Kindergarten.

GR Michlmayr stellt einen Vergleich der zuletzt überarbeiteten Vertragsentwürfe an. Im nunmehr zur Beschlussfassung vorliegenden Vertragsentwurf übernimmt die Strabag die Kosten für den Abbruch des Kindergartens, dafür übernimmt die Gemeinde eine Kostenbeteiligung bei der Errichtung der Parkplätze. Seiner Ansicht nach handelt es sich dabei nur um einen Kostentausch und nicht um eine Verbesserung für die Gemeinde. Die Kosten für die Gemeinde seien nicht abschätzbar.

Der Vorsitzende antwortet, dass noch keine Kostenschätzungen vorliegen. Man müsse aber das Projekt auch insgesamt betrachten, und als positive Belebung für das Ortszentrum von Kremsmünster sehen. Auf Anfrage berichtet er, dass natürlich Wasser- und Kanalanschlussgebühren, unter Anrechnung der Fläche Kindergarten, ordnungsgemäß zu bezahlen sein werden.

GR Oberhuber erachtet den Umgang mit der Gemeinde seitens der Bauträgerfirmen nicht als zufriedenstellend. So muss die Gemeinde, obwohl der Kindergarten-Grund kostenlos zur Verfügung gestellt werde, eine nicht unerhebliche Miete für die Einmietung des Kindergartens zahlen. Es wäre ihrer Ansicht nach angebracht gewesen, den Kindergarten einige Jahre kostenfrei einmieten zu lassen.

Bei den letzten Gesprächen mit den Bauträgern wurde zugesagt, dass für die heutige Gemeinderatssitzung ein Schnittplan des Lebensmittelmarktes samt darauf aufzubauenden Wohnungen nachgeliefert werde.

Weiters erachtet sie die Gebäudekubaturen und -höhen für bedenklich, auch im Hinblick auf künftige Beispielfolgen. Ihr sei unverständlich, wie man im kleinstrukturierten historischen Ortskern von Kremsmünster solche großen Gebäude zulassen könne.

Ihrer Ansicht nach sind die Zufahrtsrechte der Grundnachbarn (konkret Rathausplatz 5 und 2 sowie Hauptstraße 13 und 15) nicht ausreichend geklärt, bzw. finden diese in den Verträgen keine Erwähnung.

Die Definition zwischen Einkaufsmarkt und Lebensmittelmarkt sei im Vertragsentwurf nicht ausreichend schlüssig dargelegt.

Auch sollten Ruhezone und Grünflächen mit eingeplant werden. Diese seien in der vorliegenden Planung nicht ausreichend berücksichtigt, und sollten auch im Hinblick auf eine mögliche Abhaltung der Landesgartenschau in Kremsmünster mit bedacht werden.

Sie möchte weiters, dass der an die Gemeinde ergangene Brief der Landeskulturdirektion in der heutigen Sitzung dem Gemeinderat vorgelesen werden möge und dem Gemeinderatsprotokoll angeschlossen werden möge.

Zuletzt soll ihrer Ansicht nach das Projekt den betroffenen Anrainern offiziell vorgestellt werden. Sie betont, dass sie nicht grundsätzlich gegen das Projekt sei, weil die Zentrumsbelebung auch ihr ein Anliegen sei. Ihre Vorbringen seien als Anregungen zu verstehen.

Der Vorsitzende antwortet, dass der Teilungsplan, und damit auch das durch führende öffentliche Straßengut, auch mit ein Bestandteil der abzuschließenden Verträge ist.

GR Oberhuber ergänzt, dass auch eine Zufahrtsmöglichkeit für die Feuerwehr, Müllabfuhr gewährleistet sein muss.

GR DI Brunner antwortet, dass laut dem ihm vorliegenden Lageplan, der auch Schleppkurven beinhaltet, eine Zufahrt mit den angesprochenen Fahrzeugen möglich sein wird.

Der Vorsitzende klärt auf, dass eine Zufahrtsmöglichkeit für die Feuerwehr Voraussetzung ist, dass überhaupt ein positiver Baubescheid ausgestellt werden kann.

Sobald eine konkrete Planung vorliege, werde diese den Anrainern vorgestellt. Im Übrigen werde das geplante Gebäude mit einem 3-geschossigen Erscheinungsbild nicht höher als das Helleis-Gebäude in der Hauptstraße. Das 3-geschossige Erscheinungsbild werde sowohl auf der Hauptstraßen-Seite als auch auf der Seite Franz-Hönig-Straße gewährleistet. Die Wohnungen über dem Markt werden gegenüber den Außenwänden des Marktes zurück versetzt, was dem Projekt zusätzlich die Höhe nimmt.

GR Humenberger-Riesenhuber stellt in den Raum, dass seit etwa 20 Jahren über eine Zentrumsbelebung diskutiert werde. Die Gemeinde habe sich deswegen auch vor einigen Jahren auch eine Verwertung des Salomon-Grundes gesichert. Nunmehr seien mit der STRABAG und der BRW Interessenten gefunden worden, die ein Projekt verwirklichen wollen, das eine nachhaltige Zentrumsbelebung bewirken könne. Beide Interessenten haben einen Bezug zu Kremsmünster bzw. haben hier schon schwierige Projekte abgewickelt. Seiner Ansicht nach müsse man diese Chance für Kremsmünster auf jeden Fall aufgreifen.

Ein Nahversorger im Zentrum bedeute auf jeden Fall auch eine Steigerung des Wertes und der Attraktivität des Zentrums. Gleiches gelte, wenn Wohnungen im Zentrum geschaffen werden. Die Chance war noch nie so groß, etwas Positives für das Ortszentrum von Kremsmünster zu bewirken, und seiner Ansicht nach seien auch die der Gemeinde entstehenden Kosten (Straßenerrichtung und Errichtung von Parkplätzen) gut angelegt.

Er appelliert an die Mitglieder des Gemeinderates, dem Optionsvertrag zuzustimmen.

GR DI Brunner stellt in den Raum, dass das neue Projekt gegenüber dem Vorgängerprojekt deutlich kleiner sei, und zudem von der Liegenschaft Helleis abgerückt werde. Ihm gefalle das Projekt, auch wenn es in den weiteren Planungen in Detailfragen noch entwicklungswürdig sei.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Gemeinde in die Detailplanungen eingebunden sei. Es werde auch laufend Bericht über den Fortgang der Planungen erstattet, und es werden Anregungen aufgenommen.

GR Kiennast stellt fest, dass seiner Ansicht nach die Verträge Hand und Fuß haben. Für ihn sei der wirtschaftliche Erfolg des Projektes fraglich, das Zusammentreffen von Kindergarten und Wohnanlage bedenklich, und die Zentrumsbelebung beruhe nur auf einer Hoffnung der Gemeinde.

GR Oberhauser teilt mit, dass ihm das Projekt gefalle. Nach wie vor seien aber die Vertragsentwürfe enttäuschend für ihn. Die Risiken im Falle einer Verwirklichung des Projektes verbleiben zur Gänze bei der Gemeinde, die Bauträger haben eigentlich nur Rechte und müssen keine Risiken tragen.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Vertragsentwürfe in der Vorwoche im Beisein aller Fraktionen mit den Bauträgern besprochen wurden, und was besprochen und vereinbart wurde, wurde in die Vertragsentwürfe eingearbeitet. Es wurde klar definiert, was nicht möglich ist, und was seitens der Bauträger als möglich bewertet wurde, wurde in die Verträge eingearbeitet.

GR Oberhauser führt ergänzend aus, dass ihm der 20.000-Euro-Selbstbehalt der Bauträger bei Vorfinden von Kontaminierungen fehle.

GR Steiner antwortet, dass dieser Punkt schon in der Vorwoche nicht mehr Bestandteil der Besprechungen mit den Bauträgern war. Besprochen wurde, dass sich die Kosten für die Abtragung des Salomon-Gebäudes auf bis zu 100.000 Euro belaufen könnten, die Kosten für die Abtragung von kontaminiertem Erdreich (dieses müsste bis zu einer Tiefe von max. 1 m abgetragen werden) auf maximal ca. 50.000 Euro.

GR. Mag. Eder vertritt den Standpunkt, dass das Projekt für eine Belebung des Ortszentrums besonders wichtig ist. Die Verträge wurden seiner Ansicht nach bestmöglich ausverhandelt, und mit Frau Dr. Watzenböck letztbesprochen. Es sollen alle Anstrengungen unternommen werden, damit das Zentrum von Kremsmünster wieder belebt werde.

GR Leitner steht dem Projekt positiv gegenüber. Die in der Vorwoche besprochenen Punkte wurden berücksichtigt. Details werden in weiteren gemeinsamen Gesprächen zu klären sein. Ihrer Ansicht nach entstehe mit einer Verwirklichung des Zentrumsprojektes etwas Gutes für Kremsmünster.

GR Steiner äußert auch, dass er dem Projekt positiv gegenüberstehe, auch wenn er die Sorgen und Bedenken der Nachbarn durchaus verstehe. Mit der STRABAG und der BRW wurden gute Vertragspartner gefunden. Er äußert auch die Hoffnung, dass damit auch in das Bauprojekt am Rathausplatz wieder Bewegung hinein komme.

Der Vorsitzende ergänzt zum Rathausplatz, dass die Vertreter der Firma Z-Invest derzeit keine Priorität für eine Realisierung des Rathausplatz-Projektes sehen. Sie wären auch grundsätzlich wieder zu einem Verkauf bereit.

Der Vorsitzende stellt sodann den Antrag, die vorliegenden Optionsverträge mit den Firmen STRABAG und BRW zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird durch Erheben der Hand mit folgendem Stimmergebnis mehrheitlich angenommen:

27 „JA“-Stimmen

3 „Stimmenthaltungen“ (GR Oberhuber, GR Kiennast, GR Michlmayr)

30 Gesamt

Der Vorsitzende dankt für den positiven Beschluss und die konstruktive Diskussion. Er sichert zu, dass es weitere Gespräche über das Projekt in den Gemeindegremien geben werde. Insgesamt sei er zu dem Projekt sehr optimistisch gestimmt.

2. Allfälliges

Der Vorsitzende berichtet, dass beim Land eine positive Entscheidung für die Abhaltung einer Landesgartenschau in Kremsmünster getroffen wurde. Ein genauer Termin werde erst im Herbst bekannt gegeben, der Landeshauptmann habe ihm gegenüber „zeitnah“ erwähnt, sodass er mit 2017 oder 2019 rechne. Die Landesgartenschau würde für Kremsmünster die Chance bringen, durch die Einbindung von Stift und Markt Impulse zu setzen, und zusätzliche Besucher vom Stift in den Markt zu leiten.

GR Steiner ersucht, dass der Hofwiesenpark wieder einmal umfassend gepflegt werden möge. Derzeit erwecke der Park einen sehr ungepflegten Eindruck, was sehr schade sei.

Auf einen diesbezüglichen Einwurf aus dem Publikum (Erwin Freundl) antwortet der Vorsitzende, dass die Gemeinde eingebunden sei in die Entscheidungen, welche Firmen oder Personen die künftigen Geschäftsflächen im Zentrumsprojekt mieten werden.

GR Kiennast ersucht, dass die Radwegmarkierungen und damit verbundenen Rechte und Pflichten für Rad- und Autofahrer in den nächsten Gemeindenachrichten erwähnt werden sollen.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Diskussion über Sinnhaftigkeit sehr nachhaltig geführt werde, was aber durchaus auch beabsichtigt war. Ein entsprechender Beitrag in den Gemeindenachrichten ist bereits in Planung.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 20:02 Uhr.

Der Vorsitzende

Schrifführer

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden.

Kremsmünster, am

Der Vorsitzende

Gemeinderat (ÖVP)

Gemeinderat (FPÖ)

Gemeinderat (SPÖ)

Gemeinderat (GRÜNE)